

Bericht Pressekonferenz in Friedberg / Augsburg

Zu einer Pressekonferenz mit dem Thema „Umgang der Bundesverwaltung mit dem Geschädigten Dieter Neumann“ hatte dieser zum 25.06.2012 um 13.00Uhr nach Friedberg / Augsburg eingeladen. Moderatorin war Frau Monika Mendet

An dieser Pressekonferenz nahmen die örtliche Presse, das überregionale Fernsehen Sat 1, Landtagsabgeordnete des Bayerischen Landtags, Vorstandsmitglieder und Mitglieder des BzUR und des Deutschen Bundeswehrverbandes teil. Nach den Vorträgen fand eine umfassende Diskussion statt. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, Dieter Neumann auch weiterhin mit aller Kraft zu unterstützen.

Heinz Dankenbring
Vorstandsmitglied des BzUR

Bericht der Allgäuer Zeitung Kaufbeuren vom 26. Juni 2012, Seite 9, Bayern

Dienstag, 26. Juni 2012

Der Kampf des Dieter Neumann

Schicksal Er ist das Kind eines Radarsoldaten, der im Dienst hoher Strahlung ausgesetzt war. Doch die Bundeswehr verweigert dem Schwerstbehinderten seit Jahren jede Unterstützung.

Von Jodef Karg

Friedberg Dieter Neumann hat entgegen aller ärztlichen Vorhersagen überlebt. Rund zehn Jahre Krankenhaus, 32 Operationen und eine Jugend an Prothesen hat er hinter sich. Heute ist er auf den Rollstuhl angewiesen, seine medizinischen Prognosen sind nicht ermunternd. Doch er gibt nicht auf und fordert entschlossen: „Ich will nur eins - Gerechtigkeit.“ Neumann kämpft seinen vielleicht wichtigsten Kampf: gegen die Windmühlen im Bundesministerium der Verteidigung. Dort lehnt man Anträge des Schwerstbehinderten auf eine Entschädigung seit Jahren ab.

Das soll sich ändern. Denn im Bayerischen Landtag hat sich eine überparteiliche Unterstützung für den in einem Friedberger Pflegeheim lebenden Neumann zusammengefunden. Simone Strohmayer (SPD), Christine Kamm (Die Grünen) sowie die beiden CSU-Politiker Max Strehle und Reinhard Pachner



Dieter Neumann ist schwerstbehindert. Das kommt daher, dass sein Vater als Radarsoldat einer deutlich erhöhten Röntgenstrahlung ausgesetzt war, sagt der 51-Jährige. Deshalb kämpft er seit Jahren um eine Entschädigung.

Foto: Ulrich Wagner

„Ich will
nur eins -
Gerechtigkeit.“

Dieter Neumann

wollen sich für ihn in Berlin stark machen, sagten sie bei einer Pressekonferenz in Friedberg.

Heinz Dankenbring (Kaufbeuren), Vorstandsmitglied im Bund zur Unterstützung Radargeschädigter, setzt sich schon seit Jahren für Neumann ein. Unermüdlich trug er Gutachten um Gutachten von namhaften Experten zusammen, die - kurz gefasst - eines belegen: Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Tätigkeit seines Vaters Grund für die Behinderung Neumanns ist.

Doch die Bundeswehr will glasklare Beweise, die niemand erbringen kann. Sie weigert sich nach wie vor beharrlich, zu zahlen. Neumann fällt durch alle Fürsorge-Raster. Auch die neue „Stiftung für Härtefälle“ ist nach Einschätzung von Experten für ihn nicht zuständig.

Der unserer Zeitung vorliegende Schriftverkehr zwischen Dankenbring und der Rechtsabteilung des Ministeriums belegt: Der derzeit von Grundsicherung lebende Neumann müsste an bestimmten Krebserkrankungen leiden oder selbst gedient haben, um Unterstützung zu bekommen. Tut er aber nicht. Angesichts dieser „höhnischen Argumentation“ spricht Dankenbring, früher selbst Ausbilder in einer Radarstellung, von einer „Schande für die Bundeswehr“. Rolf Meyer vom Bundeswerverband bestätigt, dass sich die Bürokraten hinter ihren Paragraphen verstecken, um eine Entschädigung zu verhindern.

Die Politikerinnen Kamm und Strohmayer sind von Neumanns Schicksal „tief berührt“. „Es bedrückt mich, dass es immer noch keine Lösung gibt“, sagt Kamm. Das Thema sei zu lange verschleppt worden. Strohmayer fordert eine „Einzelfall-Lösung“ für Neumann: „Es ist unerträglich, dass seine Absicherung nicht geklärt ist.“

Dieter Neumanns Leben ist kein leichtes: Der bald 51-Jährige ist der Sohn eines Soldaten, der auf dem Lechfeld an der Radarstellung „Konny“ im Einsatz war. Jahrelang war der Vater dort wie seine Kollegen im Dienst nachweislich einer deutlich erhöhten Röntgenstrahlung ausgesetzt. Vorliegenden Unterlagen zufolge wusste man bei der Bundeswehr seit 1958 darüber Bescheid. Dankenbring sagt, erst 1978 seien Schutzmaßnahmen ergriffen worden. Neumann kam mit starken Missbildungen zur Welt. „Multiple Extremitätenmissbildung“, lautete die Diagnose. Der linke Daumen ist am Oberarm festgewachsen, der rechte Fuß ohne Bein ragt direkt am Becken heraus, das linke Bein spreizt sich als Klumpfuß nach hinten. Der damalige Chefarzt der Augsburger Geburtsklinik „Josefinum“ stellte eine „auffallende Häufung ähnlicher Fälle“ bei „derselben Familienanamnese des Vaters“ fest - alle Radarsoldaten. Keiner kümmerte sich um diese Aussage.

Radarsoldaten

• **Wer sind sic?** Gesundheitsschäden durch militärische Radaranlagen haben mehrere tausend Soldaten und Zivilangestellte der Bundeswehr und der NVA erlitten, die von den 1950er bis zu den 1980er Jahren an Radargeräten Dienst taten. Sie waren dabei der Röntgenstrahlung und Mikrowellenstrahlung der Geräte ausgesetzt. Viele dieser Soldaten entwickelten später Krankheiten, vor allem Krebs.

• **Wie viele gibt es?** 2006 hatte die Bundeswehr 679 von 3500 Entschädigungsanträgen anerkannt. Seitdem ist nicht mehr viel passiert. Mehrere hundert Menschen sind bereits an den Folgen gestorben, Schätzungen zufolge sterben pro Monat mehrere Erkrankte. (AZ)

Erst knapp 40 Jahre später machte sich die Bundeswehr 2002 nach Medienberichten daran, den Skandal aufzuarbeiten. Doch nur 20 Prozent der betroffenen Soldaten wurden bisher entschädigt. Alle anderen gingen wie die erkrankten Nachkommen leer aus. >> **Kommentar**

Augsburger Allgemeine, Mittwoch 27.06.2012

Herr Minister,

Zum Radarskandal [Von Josef Karg](#)

Der Fall des Dieter Neumann ist kein Einzelfall. Seit Jahren kämpfen die Radarsoldaten und deren Nachkommen um eine angemessene Entschädigung.

Krebserkrankungen, Missbildungen – es gibt vielfältige Formen von Krankheiten, unter denen die Opfer leiden. Das Schlimme daran: Die Bundeswehr verursachte all dies sehenden Auges. Man wusste Bescheid, dass die Menschen an den Radargeräten deutlich überhöhter Strahlung ausgesetzt waren. Die Soldaten, die dem Lande treu dienten, wurden verheizt. Man informierte sie nicht darüber. Das ist der erste Skandal.

Noch unerträglicher wird es, wenn es um die Entschädigung der Opfer geht. Ex-Verteidigungsminister Scharping versprach vor über zehn Jahren eine „großzügige Lösung“. Passiert ist fast nichts. Seit Jahrzehnten tricksen die Bürokraten der Verwaltung und verstecken sich hinter Paragrafen, kämpfen gegen die eigenen Soldaten und hoffen auf eine „biologische Lösung“. All dies ist schäbig.

Minister de Maizière, nennen Sie das Fürsorge? Übernehmen Sie den Fall, damit die Bundeswehr an den verbliebenen Opfern zumindest das gutmachen kann, was noch möglich ist.